Weiterführende Links zu den Themen im Text!

BAYERN

Die Zeitung der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

3/2016

bayernspd-landtag.de

Foto: fotolia – cliplab.pro

Kostenfreie Kitas für alle in Bayern

SPD will für jedes Kind die beste frühkindliche Bildung

VON FELIX HÄLBICH

Nicht alle Kinder in Bayern haben die gleiche Chance auf gute Bildung. Das zeigt eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung. So gehen beispielsweise Kinder unter drei Jahren mit Migrationshintergrund ebenso wie Kinder aus sozial schwächeren Familien deutlich seltener in Kitas (19 Prozent) als Kinder ohne Migrationshintergrund (31 Prozent). Das will die SPD-Landtagsfraktion nun ändern. Bei ihrer Herbstklausur in Bad Aibling forderte sie die kostenfreie Kita für alle.

„Ziel ist es, jedem Kind den Zugang zu guten frühkindlichen Bildungsangeboten zu ermöglichen – unabhängig von der Herkunft des Kindes oder der Größe des Geldbeutels der Eltern“, erläutert die familienpolitische Sprecherin Doris Rauscher die Pläne. „In den ersten Lebensjahren werden Grundlagen für Entwicklung und damit für den späteren Bildungsweg gelegt. Dies haben zahlreiche Studien nachgewiesen. Somit sind Kindertageseinrichtungen Bildungsorte. Sie müssen daher, ebenso wie der Schulbesuch, kostenfrei sein!“ In Bayern käme die Kostenfreiheit knapp 355.000 Kindern, die eine Kita besuchen, zugute.

Die Mittel für die Kostenfreiheit will die SPD-Landtagsfraktion durch die Streichung des von der CSU eingeführten Betreuungsgeldes lockermachen. „Das Betreuungsgeld hält Kinder von der Kita fern, weil gerade sozial schwächere Familien oftmals lieber das Geld nehmen. Deshalb muss es sowieso weg“, erklärt SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher. „Mit unserem kostenfreien Modell hat jede Familie die Möglichkeit, ihr Kind in die Kita zu geben. Die Eltern werden zudem auch ohne Betreuungsgeld finanziell entlastet – und zwar alle!“ Das Betreuungsgeld liegt derzeit bei 150 Euro im Monat.

Viel Unterstützung bekommt die Idee aus der bayerischen Bevölkerung. Die Bürgerinnen und Bürger möchten zu einem großen Teil die kostenfreien Kitas, wie eine Umfrage von TNS Infratest im Auftrag der SPD ergeben hat. Demnach sprachen sich 68 Prozent der Befragten dafür aus, dass der Staat die Kosten übernimmt.

Hinzu kommt noch ein weiterer Aspekt. Die Elternbeiträge für Kitas in Bayern sind sehr unterschiedlich. In manchen Kommunen sind sie fast doppelt so hoch wie woanders. Für die Sozialpolitikerin Rauscher ist deshalb klar: „Diese Ungleichheit ist ungerecht. Die logische Konsequenz aus diesem Kostendurcheinander ist doch, frühkindliche Bildungseinrichtungen generell

Schwimmbadsterben

Immer mehr Schwimmbäder in Bayern müssen schließen. Eine parlamentarische Anfrage der SPD-Landtagsfraktion hat ergeben, dass 299 von 910 öffentlichen Schwimmbädern in Bayern sanierungsbedürftig oder dringend sanierungsbedürftig sind. 54 Schwimmbädern droht die Schließung. „Im Freistaat wurden in den vergangenen zwölf Jahren 63 öffentliche Schwimmbäder dichtgemacht. Das ist schlecht für die Regionen und die Kinder und Jugendlichen“, so Fraktionschef Rinderspacher. Die SPD fordert einen Rettungs-Sonderfonds in Höhe von 30 Millionen Euro.

Unfallseelsorge verbessern

Die SPD-Landtagsfraktion will die psychosoziale Betreuung von körperlich unversehrten Betroffenen oder Zeugen nach schweren Unfällen und Katastrophen verbessern. Dafür sollen Psychologen bei grundsätzlich jedem Einsatz vor Ort sein. Die SPD hat einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. „Bisher wurde zu wenig beachtet, wie wichtig es ist, nach Unfällen und Attentaten auch für die seelische Gesundheit zu sorgen und langfristigen psychischen Erkrankungen vorzubeugen“, erklärt SPD-Fraktionsvize Hans-Ulrich Pfaffmann.

Inhalt

Orbán und Europa 2

Integrationsgesetz 3

Interview Hans-Jochen Vogel .. 5

Wohnen und Mieten 6

Kirche und SPD 7

Karikatur US-Wahl..... 8

Markus Rinderspacher, Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion

Steinmeier: Anker der Stabilität

Selten war ich von einer politischen Personalentscheidung so überzeugt wie von dieser: Frank-Walter Steinmeier wird am 12. Februar zum Bundespräsidenten gewählt! 2009 durfte ich als junger Abgeordneter seine Kanzlerkandidaten-Tour durch Deutschland moderieren und ihn dabei näher kennenlernen. Wir haben bis 2013 in der SPD-Fraktionsvorsitzendenkonferenz des Bundes und der Länder eng zusammengearbeitet und seitdem viele gemeinsame Veranstaltungen in Bayern bestritten.

Für mich ist klar: Frank-Walter Steinmeier wird ein hervorragender Bundespräsident sein – der dritte Sozialdemokrat im höchsten Amt des Staates nach Gustav Heinemann und Johannes Rau. Er ist welt- und politikerfahren, integrierend, glaubwürdig, menschlich, besonnen und klug. Seine Nominierung für das Amt des Bundespräsidenten ist deshalb eine gute Entscheidung für unser Land, für Europa und die Welt.

Steinmeiers weltweites Ansehen und seine internationale Erfahrung machen ihn in unruhiger Zeit zu einem Anker der Stabilität. Seine Wahl wird dazu beitragen, dass unser demokratisches Deutschland den politischen Raubtieren von ganz rechts die Grenzen aufzeigen kann. Europa und die Welt brauchen politisches Verantwortungsbewusstsein, Verlässlichkeit und demokratische Leidenschaft. Kaum einer verkörpert dies so sehr wie unser künftiges Staatsoberhaupt.

SPD-Vorstand besucht Budapest - Ungarn muss in Europa solidarisch sein

Der Vorstand der SPD-Landtagsfraktion unter Leitung von Fraktionschef Markus Rinderspacher setzte mit einem Besuch in Budapest einen Kontrapunkt zum umstrittenen Auftritt des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán im Bayerischen Landtag anlässlich des 60. Jahrestags des Ungarnaufstands. Landtagsvizepräsidentin Inge Aures, Markus Rinderspacher, der Parlamentarische Geschäftsführer Volkmar Halbleib sowie die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Margit Wild führten unter anderem Gespräche mit dem Vizepräsidenten der ungarischen Nationalversammlung, Dr. István Hiller, Dr. Tóth Bertalan, dem Fraktions- und Parteivorsitzenden der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP), und dem Europavertreter des Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR), Jon Hoisaeter.

Fraktionschef Rinderspacher wandte sich insbesondere gegen die ablehnende Haltung Orbáns zur solidarischen Verteilung von Flüchtlingen in Europa. Ungarn erhalte von der Europäischen Union Transferleistungen in Höhe von über sechs Milliarden Euro jährlich, die der entscheidende Beitrag für das wirtschaftliche Wachstum in Ungarn seien, weigere sich aber, Lasten mitzutragen. Nach dem Ungarnaufstand 1956 sind 200.000 Menschen geflohen, viele nach Deutschland und Österreich. „Ich halte es für ein völlig falsches Signal, dass ausgerechnet der Bayerische Landtag eine Bühne für den Europazerstörer Orbán geboten hat und der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer dies durch seine Anwesenheit unterstützt hat“, erklärte Rinderspacher. Ungarn verletze massiv die Grundwerte der Europäischen Union, so der

v.l.: Volkmar Halbleib, Margit Wild, Jon Hoisaeter, Markus Rinderspacher und Inge Aures

„Grundschulabitur“ endlich abschaffen!

Das sogenannte „Grundschulabitur“ in Bayern, also die verbindliche Empfehlung für die weiterführende Schule aufgrund eines Notendurchschnitts aus drei Fächern, ist verfassungswidrig. Das bestätigt ein durch die SPD-Landtagsfraktion in Auftrag gegebenes Gutachten des Bochumer Bildungs- und Verfassungsrechtlers Prof. Dr. Wolfram Cremer. Er stellt darin fest, dass die Übertrittsregelung gegen die Grundrechte der Eltern in der Bayerischen Verfassung und im Grundgesetz verstößt. „Die Entscheidung über den Bildungsweg des Kindes liegt eindeutig bei den Eltern“, betont Cremer und beruft sich dabei auf die Auslegung des Bundesverfassungsgerichts.

Die Landtags-SPD setzt sich deshalb für die konsequente Abschaffung der verbindlichen Übertrittsempfehlung ein und sieht sich durch das Gutachten in ihrer jahrelangen Forderung nach Freigabe des Elternwillens bestätigt. Um eine sachgerechte Entscheidung fällen zu können, wird nach Vorstellung der SPD den Eltern eine Grundschulempfehlung und eine professionelle Beratung zur Seite gestellt. „Die Grundschule hat einen pädagogischen Auftrag und darf nicht zur Sortieranstalt verkommen“, erklärt Martin Güll, der Vorsitzende des Bildungsausschusses des Landtags. „Die Lernfreude des Kindes muss im Vordergrund stehen. Die Jagd nach Noten macht krank und muss beendet werden.“

Staatsregierung lässt misshandelte Frauen im Stich

Frauen, die Opfer von sexueller und körperlicher Gewalt geworden sind, werden auch in Zukunft in Bayern nur unzureichend unterstützt. Die CSU hat für das kommende Jahr keine auch nur annähernd ausreichende Finanzierung der Frauenhäuser vorgesehen. Die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Simone Strohmayr, ärgert das: „Die Häuser sind seit Jahren massiv unterfinanziert. Rund die Hälfte der schutzsuchenden Frauen muss aus Platzmangel abgewiesen werden, das sind rund 5.000 Frauen pro Jahr.“

Die SPD-Fraktion hatte rund fünf Millionen Euro für die bayerischen Frauenhäuser in den nächsten zwei Jahren gefordert. Die Forderung wurde abgelehnt. Ruth Müller, ebenfalls SPD-Frauenpolitikerin, rechnet vor: „Zum Vergleich: Das Desaster um die BayernLB kostet den Steuerzahler fast eine Millione Euro Schuldzinsen – pro Tag!“

Folgt uns!

FACEBOOK:
@bayernspd.landtag

FLICKR:
SPDBayernLandtag

TWITTER:
@bayerngerechter

INSTAGRAM:
@spdimbayerischenlandtag

YOUTUBE:
SPDBayernLandtag

Impressum

Herausgeber
BayernSPD-Landtagsfraktion
Vorsitzender **Markus Rinderspacher**
und stv. Vorsitzender
Hans-Ulrich Pfaffmann
Maximilianeum
81627 München

Redaktion
Ulrich Meyer (V.i.S.d.P.),
Felix Hälbich, Gudrun Rapke,
Markus Hautmann, Hans-Dieter Müller
Telefon: 089 – 4126 2347
E-Mail: zeitung@bayernspd-landtag.de

BayernSPD-Landtagsfraktion
Pressestelle
Maximilianeum
81627 München

Druck
NetworkMedia GmbH

„Der Islam ist der Sündenbock“

Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Heiner Keupp über die zunehmende Radikalisierung unserer Gesellschaft

Prof. Dr. Heiner Keupp ist einer der renommiertesten Psychologen und Sozialwissenschaftler Deutschlands. Anfang des Jahres wurde er mit der Bürgermedaille „München leuchtet“ ausgezeichnet. Mit unserem Autor Felix Hälbich hat er über den erstarkten Populismus gesprochen.

Bayern: Herr Prof. Keupp, warum haben Pegida und AfD so viel Zulauf? Liegt das allein an der Angst vor den Flüchtlingen?

Keupp: Es gibt drei Faktoren. Erstens sind in Deutschland seit jeher 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung dem äußeren rechten Rand zuzuordnen. Zweitens gibt es immer mehr Menschen, die schon lange die Hoffnung aufgegeben haben, dass die Politik ihre Interessen wirklich verfolgt. Das Grundgefühl ist: Die da oben machen Politik, die nicht für uns gedacht ist. Und jetzt kamen als dritter Faktor die Flüchtlinge.

Bayern: Aber wieso haben wir das Problem des erstarkten Populismus gerade jetzt, wenn es nicht ausschließlich an den Flüchtlingen liegt? Wirtschaftlich geht es uns doch sehr gut.

Keupp: Die Flüchtlinge sind nur der Auslöser. Das Problem ist, dass es dem Großteil der Bevölkerung wirtschaftlich zwar ganz gut geht, die Kluft zwischen Arm und Reich aber trotzdem immer größer wird. Eine ganze Reihe Menschen bleiben auf der Strecke, die Kinder- und Jugendarmut steigt stetig. Und es gibt einen weiteren Faktor: Die Deutschen haben einen relativ hohen Angstpegel. Die Menschen denken: Die Verhältnisse ändern sich. Ich komme nicht mit. Mir wird meine Heimat weggenommen. All das, was Menschen als stabile Faktoren ihres Lebens betrachten, sehen sie als gefährdet an.

Bayern: Hat das auch etwas mit der Auflösung unserer Traditionen zu tun?

Keupp: Auf jeden Fall. In der globalisierten Welt werden traditionelle Lebensformen in Frage gestellt – im beruflichen wie auch im privaten Bereich. Das schafft auch neue Optionen, aber auch Verunsicherungen. Wenn dann ein diffuses Konzept von „Leitkultur“ als „die Ordnung“ angepriesen wird, dann ist das ein fragwürdiges Versprechen. Hier konkurriert die CSU erkennbar mit der AfD. Beide tun so, als ob sie sich den Ängsten der Menschen annehmen, und schüren damit gleichzeitig die Angst.

Foto: Keupp

Prof. Dr. Heiner Keupp mit seiner Nichte auf einer Flüchtlingsdemo in München

Bayern: Welche Rolle spielt der Islam bei diesem gefühlten Kulturverlust?

Keupp: Der muss als Sündenbock herhalten. Viele Bürger haben das Gefühl, dass unsere Heimat von Menschen aus anderen Kulturen überlaufen wird. Dass ihnen ihre Identität genommen wird.

Bayern: Wie groß ist die Spaltung unserer Gesellschaft?

Keupp: Mittlerweile hat der Populismus auch die Mittelschicht erreicht. Ich dachte lange, dass unsere bürgerliche Kultur gegenüber solchen Viren und Infekten von rechts immun ist. Aber da bin ich mir heute nicht mehr so sicher. Ich denke, die Gefahr einer massiven Spaltung der Gesellschaft ist da.

Wie aus der Feder der AfD

Heftige Kritik am umstrittenen Integrationsgesetz der Staatsregierung

Die CSU-Mehrheit im Bayerischen Landtag hat das Integrationsgesetz auf den Weg gebracht. Gegen die scharfe Kritik von sämtlichen Verbänden und Experten, der Kirchen sowie SPD und Grünen. Auch viele Bürgerinnen und Bürger sind entrüstet. „Das Gesetz könnte auch aus der Feder von Frauke Petry, Beatrix von Storch oder Björn Höcke stammen“, schimpft der SPD-Fraktionsvorsitzende Markus Rinderspacher. „Vorsicht vor Ausländern“ sei der Tenor des Gesetzes, es schaffe Probleme, statt sie zu lösen.

Foto: Hälbich

Demonstration gegen das Integrationsgesetz der CSU am 22. November 2016 in München

Die Politikwissenschaftlerin Prof. Petra Bendel, die im Auftrag der SPD ein Gutachten zum Integrationsgesetz erarbeitet hat, bemängelt: „Das Gesetz macht Integration zur alleinigen Bringschuld der Migrantinnen und Migranten. Anstatt Angebote zu machen, setzt es fast ausschließlich auf Forderungen.“ Der integrationspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Arif Tasdelen, schlägt in die gleiche Kerbe: „Da wird zum Beispiel die verpflichtende Teilnahme an Deutschkursen vorgeschrieben. Die Wahrheit ist aber, dass Flüchtlinge oft monatelang warten müssen, bis sie an einem solchen Kurs teilnehmen können!“

Scharfe Kritik gab es auch am Begriff der Leitkultur, nach der sich die Migrantinnen und Migranten laut Integrationsgesetz zu richten haben. „Der Begriff ist dubios und schwammig“, erklärt die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Doris Rauscher. „Unsere Richtschnur sind das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung. Daran hat sich jeder zu halten – ob mit oder ohne Migrationshintergrund!“ Der SPD-Rechtsexperte Franz Schindler bezweifelt zudem die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes: „Es beinhaltet eine Vielzahl unbestimmter Rechtsbegriffe, die die Kommunen bei der Umsetzung vor erhebliche Schwierigkeiten stellen wird. Hier ist das letzte Wort vielleicht noch nicht gesprochen.“

Bayerische Verfassung: Kompass für die Politik

Landtag feiert 70. Jubiläum – Sozialdemokraten greifen Grundsätze neu auf

Der 70. Jahrestag der Bayerischen Verfassung ist für die SPD-Landtagsfraktion ein besonderer Grund zum Feiern, stammt die Staatsgrundlage doch aus der Feder des Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner, dem ersten Bayerischen Ministerpräsidenten nach dem Zweiten Weltkrieg. Den Entwurf brachte Hoegner aus seinem Schweizer Exil in einem Koffer mit. Der Inhalt war revolutionär und weitblickend: Hoegner ging es schon 1946 um Gleichberechtigung, Umweltschutz und das Recht auf Bildung, unabhängig von der Herkunft. Festgelegt wurden auch Volksbefragungen, was der Münchner Publizist Heribert Prantl so bewertet: „Die Bayerische Verfassung vertraut dem Volk!“

Hoegner erhielt am 9. Februar 1946 von der US-Militärregierung den Auftrag, eine Verfassungsgebende Landesversammlung einzuberufen. Zusammen mit dem Verfassungsgebenden Ausschuss nahm die Versammlung den Entwurf Hoegners ohne wesentliche Änderungen an. Am 1. Dezember 1946 stimmten Bayerns Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der ersten Landtagswahl über die neue bayerische Staatsgrundlage ab, eine Woche später trat sie schließlich in Kraft. „Die Verfassung ist der Kompass unserer Politik. Mit politischen Initiativen zum Verfassungsjubiläum wollen wir die Verfassungsgrundsätze neu in aktuelle Politik gießen“, erklärt SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher. Mit über 20 parlamentarischen Initiativen greift die SPD-Landtagsfraktion daher im Jubiläumsjahr die Verfassungsvorgaben neu auf. Einige davon sind: Schaffung einer gerechteren Steuerpolitik, die das Entstehen von Riesenvermögen in den Händen Einzelner verhindert. Im Blickpunkt ist dabei auch die Besteuerung von weltweit tätigen Großkonzernen, die – wie der Konzern Apple – keine oder wenig Steuern zahlen.

„Männer und Frauen erhalten für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn“, steht in Artikel 168 der Verfassung. Dennoch verdienen in Deutschland Frauen für die gleiche Arbeit durchschnittlich 25 Prozent weniger. Die SPD-Fraktion sieht hier einen Auskunftsanspruch für alle Beschäftigten über die Höhe der gezahlten Gehälter vor und beantragt, über eine Bundesratsinitiative den entsprechenden Gesetzentwurf von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig zu unterstützen. Erziehung und Bildung nehmen breiten Raum ein in der Verfassung. Artikel 131 sieht vor, dass die Schüler „im

Unsere Verfassung – das sagen die SPD-Abgeordneten

„Mit der Zuwanderung von Menschen anderer Glaubensrichtungen, insbesondere islamischen Glaubens, erhält der Artikel 142 neue Aktualität. Denn selbstverständlich gelten die darin enthaltenen Rechte und Freiheiten auch für alle anderen Religionsgemeinschaften. Diese einfach durch neue Gesetze zu beschneiden – etwa durch ein generelles Burka-Verbot – widerspricht meines Erachtens der Intention der Verfassung.“

Foto: Hälbich

Hans-Ulrich Pfaffmann zur Kirche

„Artikel 106 besagt, dass jeder in Bayern Anspruch auf eine angemessene Wohnung hat. Also ist die Schaffung bezahlbaren Wohnraums eine staatliche Aufgabe. Allerdings ist die Zahl der geförderten Wohnungen seit 1999 von 250.000 auf 130.000 zurückgegangen, weil die CSU-Staatsregierung die Fördermittel gekürzt hat. Das rächt sich jetzt!“

Foto: Hälbich

Andreas Lotte zum Wohnen

Foto: Güll

„Schüler sind im Geiste der Demokratie zu erziehen, lehrt uns Artikel 131. Dazu reicht es nicht, im Sozialkundeunterricht die politischen Zusammenhänge zu lehren. Demokratie muss erlebt werden: in unterschiedlichen Schulfächern und im wertschätzenden Umgang mit den Schülerinnen und Schülern sowie in ‚aktuellen Viertelstunden‘.“

Martin Güll zur Schule

Foto: Hälbich

„Zum 1. Januar 2015 wurde in Deutschland der Mindestlohn eingeführt. Er ist bereits in Artikel 169 verankert: ‚Für jeden Berufszweig können Mindestlöhne festgesetzt werden, die dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnissen entsprechende Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglichen.‘“

Natascha Kohnen zum Mindestlohn

„Die Bayerische Verfassung schützt in Artikel 147 die Sonn- und Feiertage. Gerade der Sonntag ist durch immer mehr Ausnahmen vom Arbeitsverbot akut bedroht. Die Zeche zahlen Familien und Geringverdiener.“

Kathi Petersen zu Feiertagen

Foto: SPD-Landtagsfraktion

Foto: Ritter

„Artikel 119: ‚Rassen- und Völkerhass zu entfachen ist verboten und strafbar.‘ Angesichts des Erstarkens nationalistischer und rassistischer Ideen in ganz Europa ist dieser Artikel wieder hochaktuell geworden.“

Florian Ritter zu Rechtsextremismus

„Die Lohndifferenz von heute ist die Altersarmut von morgen. Deshalb müssen wir dafür arbeiten, dass Artikel 168 endlich Realität wird: ‚Männer und Frauen erhalten für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn.‘“

Dr. Simone Strohmayr zum Thema Gleichberechtigung

Foto: Hälbich

Geiste der Demokratie“ zu erziehen sind. Angesichts der wachsenden Gruppe der Nichtwähler und dem Erstarken von rechtspopulistischen Gruppierungen setzt sich die SPD dafür ein, die bayerischen Schulen zu demokratischen Schulen weiterzuentwickeln.
Die SPD-Landtagsfraktion würdigt das Jubiläum mit dem Freistaat-Heft „Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag.“, einem Festakt und einem Justizempfang. Das Verfassungsjubiläum stand auch im Mittelpunkt der SPD-Präsentation für den Tag der Offenen Tür des Landtags.

„Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist in Artikel 141 verankert. Allerdings nimmt es die Staatsregierung damit nicht so genau. Jüngstes Beispiel ist das Riedberger Horn, wo für den Kommerz geschützte Alpenregionen geopfert werden sollen.“

Florian von Brunn zum Naturschutz

Foto: von Brunn

„‚Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes‘, heißt es in Artikel 125. Wir machen das zur Richtschnur für unsere Politik. Wir wollen hochwertige und kostenfreie Kitaplätze und eine Familienarbeitszeit von 30 Stunden, sodass sich beide Eltern gemeinsam um ihre Kinder kümmern können.“

Doris Rauscher zu Kindern

Foto: Hälbich

Foto: Seiobl

Der ehemalige SPD-Bundesvorsitzende Dr. Hans-Jochen Vogel im Interview

„Verfassung ist Vorbild für das Grundgesetz“

Der frühere Münchner Oberbürgermeister und Bundesjustizminister Dr. Hans-Jochen Vogel war ein enger Mitarbeiter von Ministerpräsident Wilhelm Hoegner. Im Interview mit dem Pressesprecher der SPD-Landtagsfraktion Ulrich Meyer skizziert Vogel die Bedeutung der Bayerischen Verfassung als auch seine persönliche Beziehung zu Hoegner. Das ganze Interview finden Sie auf unserer Homepage: www.bayernspd-landtag.de/Verfassung

Bayern: 70 Jahre Bayerische Verfassung. Als Sozialdemokraten macht uns das stolz, dennoch sei ein kritischer Einstieg erlaubt. Jeder kennt das Grundgesetz. Wozu eine Bayerische Verfassung, ganz ketzerisch gefragt?

Vogel: Da muss ich schon deutlich machen: Die Bayerische Verfassung ist eine Vorgängerin des Grundgesetzes, und viele Besonderheiten des Grundgesetzes, die wir mit Recht für bedeutsam halten und auf die wir auch stolz sind, die finden sich drei Jahre zuvor schon in der Bayerischen Verfassung. Und das hat auch etwas mit dem Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner zu tun. Er war nicht nur damals Bayerischer Ministerpräsident, als die Verfassung beraten und verabschiedet und vom Volk mit einer Zweidrittelmehrheit gebilligt wurde, sondern er hat ja auch schon aus dem Schweizer Exil wesentliche Teile der Texte mitgebracht. Wichtige Gedanken, die dann im Grundgesetz eine große Rolle spielen, waren schon darin enthalten. Wir können diese Punkte ein bisschen durchgehen.

Bayern: Sehr gerne.

Vogel: Auf die Weise wird man unserer Verfassung gerecht. Also erstens einmal, Artikel 1 „Die Menschenwürde ist unantastbar“. Genau derselbe Gedanke steht schon in der Bayerischen Verfassung und zwar im Artikel 100. Er findet sich auch in gewisser Weise in der Präambel.

Bayern: Wo gibt es noch bedeutende Vorgaben, die aus der Bayerischen Verfassung stammen?

Vogel: Es war ja ein großer Unterschied gegenüber der Weimarer Verfassung, dass das Grundgesetz die Grundrechte als verbindliche Rechtssätze formuliert hat. Auch das war schon in der Bayerischen Verfassung zu finden. Dann gibt es im Grundgesetz den Artikel 79, der einige Bestimmungen für unabänderlich erklärt. Auch dies findet sich bereits im Artikel 75 der Bayerischen Verfassung. Da heißt es, dass Änderungen nicht zulässig sind, die dem demokratischen Grundgedanken widersprechen. Das ist auch schon eine Art Ewigkeitserklärung. Und dann haben wir auch den Ausschluss extremistischer Wählergruppen von der Teilnahme an den Wahlen. Also etwas, was die Weimarer Verfassung nicht kannte. Die hat ja ihre eigene Abschaffung für legal erklärt. Und davon hat dann Hitler auch Gebrauch gemacht. Die Bayerische Verfassung hat also in wichtigen Punkten eine Wertordnung zum Ausdruck gebracht, die sich dann auch im Grundgesetz findet.

Bayern: Ich stelle mir gerade die Situation vor: Wilhelm Hoegner im Exil in der Schweiz, an seinem Schreibtisch sitzend. Darüber nachsinnend, wie es nach dem Ende des Krieges weitergehen kann, was die Grundlagen der Gesellschaft sein können. Aus diesem unmittelbaren Erleben des Naziterrors dann Formulierungen und Werte zu beschreiben, die auch heute noch die Grundlage unseres Staates sind – man muss sich diesen Mann als eine Geistesgröße von immensem Ausmaß vorstellen.

Vogel: Wilhelm Hoegner war eine außerordentliche Persönlichkeit, und er besaß Fähigkeiten, die in einer solchen Verbindung nicht häufig anzutreffen sind. Ich habe ihn persönlich 1955 kennengelernt, da war er Ministerpräsident. Ich war Amtsrichter in Traunstein, und er ließ mich fragen, ob ich in der Staatskanzlei an der Bereinigung des bayerischen Landesrechts, das heißt an der Überprüfung aller seit 1806 erlassenen Landesvorschriften, mitarbeiten wolle. Das habe ich dann bis 1958 getan. In diesen Jahren habe ich viel von Wilhelm Hoegner gelernt. Manche Eigenheit, die man mir heute zuschreibt, die stammt eigentlich von ihm.

Foto: Hälbich

Dr. Hans-Jochen Vogel

Bayern: Jetzt bin ich aber neugierig.

Vogel: Dass man jeden Brief, den man bekommt, beantwortet. Dass man pünktlich ist. Dass man die Regel „Erst das Land, dann die Partei und dann du selber“ ernst nimmt. Und was Bayern angeht: Dass es eben doch eine besondere bayerische Geschichte gibt – bei aller Einordnung Bayerns in Deutschland, der ich in keiner Weise widerspreche. Hoegner hat zeitlebens die bayerische Eigenstaatlichkeit besonders betont und da, wo er Verantwortung hatte, auch praktiziert. Und er war über eine Sache besonders traurig, die auch mit der Verfassung zusammenhängt. Nämlich, dass das Amt des Staatspräsidenten, das er befürwortet hat, bei der Abstimmung mit 84 gegen 85 Stimmen scheiterte. Der Staatspräsident hätte im Wesentlichen repräsentative Aufgaben gehabt, aber die Eigenstaatlichkeit Bayerns wäre dadurch noch deutlicher geworden.

SPD kämpft für Mieter

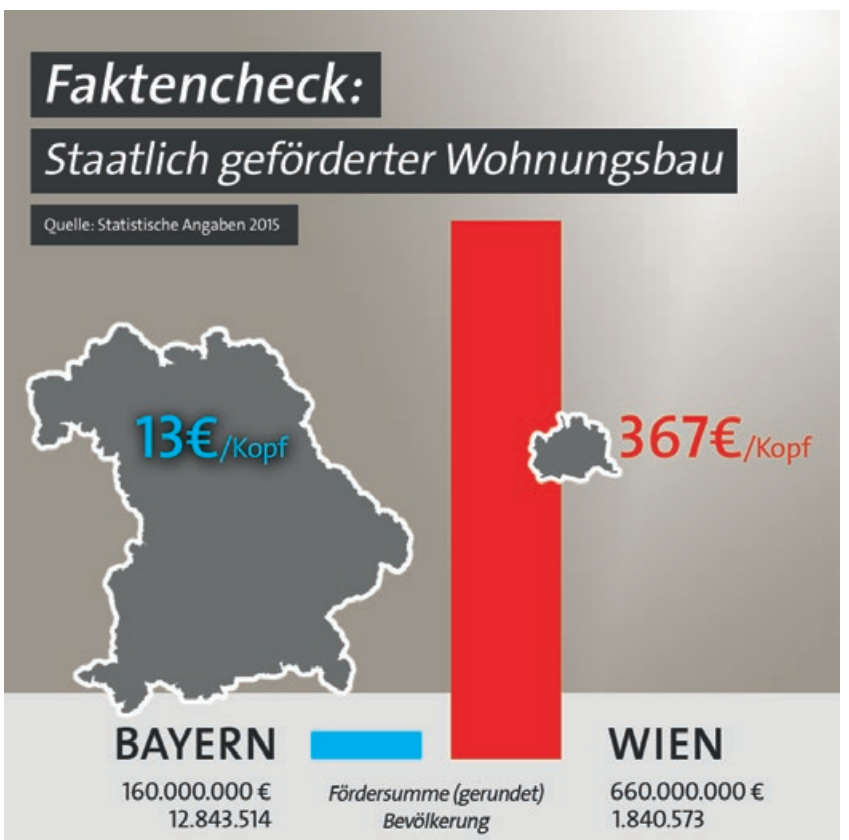
Wiener Wohnungsbaukonzept als Vorbild

Im Kampf für bezahlbare Mieten in Bayern setzt die SPD-Fraktion auf staatlich finanzierten Wohnungsbau. Der SPD-Wohnungspolitiker Andreas Lotte will die Investitionen in den Wohnungsbau vervierfachen. „Wir brauchen 100.000 neue Wohnungen in den nächsten fünf Jahren. Und diese Wohnungen müssen für Normalverdiener bezahlbar sein. Das lässt sich nur durch mehr Neubau durch den Freistaat erreichen“, betont Lotte.

Lotte will, dass Bayern sich ein Beispiel an der Wohnungsbaupolitik Wiens nimmt. Der Präsident der Mietervereinigung Österreichs, Georg Niedermühlbichler, stellte bei der SPD-Fraktionsklausur in Bad Aibling das erfolgreiche Wiener Konzept vor. Dort werden 80 Prozent der Neubauwohnungen vom Land mitfinanziert; im Freistaat sind es lediglich rund 10 Prozent. Während allein die Stadt Wien pro Jahr rund 660 Millionen Euro in Wohnungsbau steckt, sind es im sechsmal größeren Freistaat Bayern nur 160 Millionen Euro.

Georg Niedermühlbichler (l.) mit Andreas Lotte

Lotte betont: „Wien ist in der Wohnungspolitik so erfolgreich, weil sich der Staat hier sehr stark engagiert. Das sollte uns ein Vorbild sein. Wir brauchen wieder eine staatliche Wohnbaugesellschaft. Der CSU ist der Wohnungsbau leider völlig egal. Für uns als SPD hingegen sind bezahlbare Mieten der entscheidende Faktor für Familien.“



Polizei fehlen Funkgeräte

Digitaler Polizeifunk hat zudem erhebliche Mängel

Die bayerische Polizei hat nicht genügend digitale Handfunkgeräte. Wie die Antwort auf eine SPD-Anfrage zeigt, stehen den Beamten derzeit 14.200 solcher Geräte zur Verfügung. Für eine 1:1-Ausstattung aller Polizistinnen und Polizisten wären insgesamt aber 25.000 Geräte nötig. „Erst im Sommer hatte sich die Staatsregierung selber dafür gefeiert, dass der Digitalfunk flächendeckend eingeführt wurde. Dabei kann er oftmals gar nicht genutzt werden, weil nicht genügend Geräte da sind. Ich finde das ziemlich peinlich“, erklärt Dr. Paul Wengert, innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Zudem funktioniert der neue digitale Polizei- und Behördenfunk BOS immer noch nicht hundertprozentig, wie die Deutsche Polizeigewerkschaft mitteilte. So habe es bei dem Amoklauf in einem Münchner Einkaufszentrum im vergangenen Juli Probleme mit der Netzabdeckung gegeben. Auch das Verschicken von Fotos ist laut Polizeigewerkschaft ein Problem. „Jeder Schüler kann mit seinem Smartphone in Sekundenschnelle Fotos in alle Welt verschicken. Nicht aber die Polizei mit den neuen digitalen Funkgeräten“, erklärt der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Peter Schall. „Das führt dazu, dass die Beamten nach wie vor, trotz gegenteiliger Anordnung, ihr privates Handy benutzen.“ Die SPD-Landtagsfraktion sieht dringenden Handlungsbedarf. „Es geht um die Sicherheit unserer Beamten und der bayerischen Bevölkerung“, mahnt Wengert.

Gefährliche Reichsbürger

Weitere Gewalttaten erwartet

Dass die sogenannten Reichsbürger keine harmlosen Spinner sind, das hat der tragische Tod des Polizisten, der Ende Oktober in Georgensgmünd erschossen wurde, gezeigt. Für den Experten für Rechtsextremismus der SPD-Landtagsfraktion, Florian Ritter, kam die Tat nicht überraschend: „Die Bewegung ist viel gefährlicher, als die Staatsregierung lange wahrhaben wollte.“ Ritter hatte bereits im Frühjahr 2016 in einer parlamentarischen Anfrage wissen wollen, in welchem Umfang die Behörden bei Reichsbürgern in den letzten Jahren Waffen beschlagnahmt hätten. Die Staatsregierung konnte diese Frage aber nicht beantworten, da die Zugehörigkeit zur Reichsbürgerszene bislang gar nicht erfasst wird. „Das muss sich dringend ändern“, fordert Ritter. Der Verfassungsschutz müsse sich den Reichsbürgern mit dem nötigen Ernst widmen und sie umfassend beobachten.

Die Reichsbürger lehnen den deutschen Staat ab und sind der Meinung, Deutschland existiere noch nach den Grenzen von 1937. Deshalb lehnen sie auch die geltenden Gesetze ab und weigern sich beispielweise, Steuern zu zahlen.

Viele Reichsbürger sind dem rechten Lager zuzuordnen

Der SPD-Abgeordnete Ritter befasst sich bereits seit einiger Zeit mit der Szene. Vor allem Gerichtsvollzieher und Polizisten haben immer wieder mit zum Teil aggressivem Widerstand von Anhängern der Bewegung zu tun. „Die Reichsbürger haben eine Weltsicht, die unsere Rechtsordnung ablehnt und ihnen selbst unbeschränkte Handlungsfreiheit einräumt“, erklärt Ritter. „Diese Weltsicht bietet die Rechtfertigung für Gewalt und Willkür im persönlichen Umfeld. Das macht diese Leute so immens gefährlich. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir auch in Zukunft Probleme mit den Reichsbürgern bekommen werden.“

Wie christlich ist die CSU eigentlich noch?

SPD und Kirchen gemeinsam für eine menschliche Flüchtlingspolitik

Die Zeiten, als in Bayern von der Kirchenkanzel herab zur Wahl der CSU aufgerufen wurde, sind wohl endgültig vorbei. Mit ihrer hetzerischen Sprache gegenüber Flüchtlingen und deren Hunderttausenden ehrenamtlichen Unterstützern hat die vermeintlich Christlich-Soziale Union den Bogen überspannt. Allen voran CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer. Er hatte beklagt, dass ein „Fußball spielender, ministrierender Senegalese“ nicht mehr abgeschoben werden könne.

Der Münchner Kardinal Reinhard Marx sagte, er sei „erschrocken und verärgert“ über diese Äußerung. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland und bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, zeigte sich ebenfalls entsetzt: „So redet man nicht über Menschen“, solche Sätze seien „Futter für Rechtspopulisten“. Und der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki stellte fest, die CSU betreibe „das Geschäft mit den Rechtspopulisten von der AfD“.

Statt sich zu entschuldigen, verteidigte Scheuer seine unmöglichen Aussagen auch noch. Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Markus Rinderspacher, betont, er stehe an der Seite der Kirchen und Flüchtlingshelfer: „Lassen Sie sich von Herrn Scheuers Worten nicht entmutigen. Wir danken Ihnen für Ihren großartigen Dienst an der Menschlichkeit im Zeichen christlicher Nächstenliebe.“ Rinderspacher, der auch Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Bayern ist, wendet sich gegen eine Politik, die Flüchtlinge unter Generalverdacht stellt, Ängste schürt und Schwache gegen Schwächere ausspielt.

Wie weit sich die Christlich-Soziale Union inzwischen von ihrem Selbstverständnis entfernt hat, zeigen weitere Äußerungen von Finanzminister Markus Söder. „Es wäre für die Kirchen besser, sie würden sich stärker auf den Glauben konzentrieren und weniger Politik machen“, sagte er. Die Theologin und SPD-Landtagsabgeordnete Kathi Petersen betont: „Die Kirchen haben selbstverständlich das Recht, sich zu politischen Entwicklungen zu äußern. Sie leisten einen wertvollen Beitrag zum gesellschaftlichen Miteinander. Und sie werden sich sicher nicht den Mund verbieten lassen von Herrn Söder.“

Markus Rinderspacher mit Heinrich Bedford-Strohm auf dem SPD-Empfang zur Evangelischen Landessynode

Tradition hat einen Namen: Irsee

Die SPD-Fraktion vor ihrer Winterklausur im Kloster

Das verschneite Kloster Irsee bei der Klausur im vergangenen Winter

Immer am Jahresende, seit mehr als einem Vierteljahrhundert, laufen die Planungen der SPD-Landtagsfraktion für die Tagung am Jahresanfang im schwäbischen Kloster Irsee auf Hochtouren. Das ist auch heuer so. Positionen suchen, diskutieren und streiten um die besten Lösungen für die politischen Herausforderungen der kommenden Monate und Jahre, das ist Sinn dieser Tagung und deshalb auch besonders wichtig. Irsee 2017 wird spannend werden. Welche Antworten gibt die SPD auf die drängenden europapolitischen Fragen? Wie kann sichergestellt werden, dass die Mitbürgerinnen und Mitbürger im Alter anständig leben und würdig versorgt werden können? Die SPD-Fraktion möchte Familien entlasten. Neben der bereits in der Fraktion beschlossenen Kostenfreiheit für Kindertagesstätten werden dafür weitere Möglichkeiten gesucht. Wie kann die SPD ihr sozialpolitisches Profil schärfen und die Gerechtigkeitsfrage in pragmatische Politik umsetzen? Das sind die wichtigen Fragen, die sich gerade auch nach den Erfahrungen der Wahl in Amerika stellen. Soziales und Europa werden also die Schwerpunkte der Fraktionstagung in Irsee sein. Kardinal Reinhard Marx wird einer der Gäste sein. Weitere wichtige Gäste werden folgen.

Dritter Nationalpark als Chance für Franken

Der dritte bayerische Nationalpark muss nach Ansicht der SPD-Fraktion nach Franken kommen. Der SPD-Sprecher für Umwelt- und Verbraucherschutz, Florian von Brunn, fordert eine Entscheidung darüber bereits im kommenden Jahr: „Der Spitzenkandidat ist für mich auf jeden Fall der nördliche Steigerwald. Wobei der Spessart auch ganz hervorragend geeignet wäre.“

Auch die SPD-Tourismuspolitikerin Martina Fehlner macht sich dafür stark: „Ein Nationalpark ist eine unglaubliche Chance für die jeweilige Region. Das zeigen auch die Beispiele Bayerischer Wald und Berchtesgaden. Ein Nationalpark bedeutet zusätzliche Arbeitsplätze, bessere Infrastruktur und zugleich den Schutz der Natur. Der Fremdenverkehr wird sicherlich ganz enorm davon profitieren.“

Allerdings verlangen die SPD-Politiker zunächst eine unabhängige Machbarkeitsstudie, die die infrage kommenden Gebiete naturschutzfachlich und wirtschaftlich bewertet. Diese soll dann die Grundlage für einen konstruktiven Dialog mit der Bevölkerung sein.

Martina Fehlner und Florian von Brunn

Singen ist der Spaziergang für die Seele

Gemeinschaft ist für Paul Wengert nicht nur so ein abstrakter Begriff. Nein, der SPD-Abgeordnete aus dem Allgäu lebt diesen Begriff: in seiner Partei, im Landtag und auch in seiner wenigen Freizeit. Paul Wengert gehört zur großen Gemeinschaft der Chorsänger. Er ist sogar Präsident des Chorverbands Bayerisch-Schwaben mit über 18.000 Sängerinnen und Sängern.

„Singen ist der Spaziergang für die Seele, und das Schöne daran ist, dass man diesen Spaziergang nicht alleine unternimmt, sondern mit Gleichgesinnten“ – dieser Satz Wengerts zeigt seine tiefe Verbundenheit mit der Musik. Schon im Kindergarten hat der heute 64-Jährige mit der Chormusik begonnen. In der Schule, im Kirchenchor und im Männerchor verfeinerte er seine Fähigkeiten.

Wengerts Stimmlage ist der Erste Bass. Zur Not kann er auch Tenor singen. Auf eine bestimmte Musikrichtung festgelegt ist er nicht: „Schlager, Musical, Oratorien, Oper, Volksmusik, das singe ich alles gerne. So alle sechs Wochen treffe ich mich mit Freunden in einem privaten Singkreis.“

Im Laufe der Jahre gründete Wengert mehrere Ensembles und stand auch als Solosänger auf der Bühne. In „My Fair Lady“ sang er die männliche Hauptrolle des „Professor Higgins“ und in Brechts Dreigroschenoper den Bösewicht „Macheath“. In der Politik steht der promovierte Jurist Wengert hingegen für Innere Sicherheit und Kommunen und hat auf diese Weise ebenfalls stets das Wohl der Gemeinschaft im Blick.

Dr. Paul Wengert mit dem Männerchor Schwabsoien

Hans-Ulrich Pfaffmann: „Gerecht muss es zugehen – überall.“

Fast 30 Jahre politisches Engagement habe ich jetzt „auf dem Buckel“. Fast 20 Jahre Landtag, 10 Jahre Stadtrat in München. Und es macht mir heute noch Freude. Warum, fragen mich viele. Das ist ganz einfach zu beantworten: Für eine gerechte Welt zu kämpfen, sich für soziale Gerechtigkeit in Bayern einzusetzen, kann niemals langweilig werden. Das mag zwar sozialromantisch klingen, ist es aber nicht. Ob in Bayern, Deutschland oder Europa, ob für Familien, Senioren, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder Flüchtlinge. Humanität, Gerechtigkeit und Solidarität waren und sind die Triebfedern meiner politischen Arbeit. Ich fühle mich wohl in der SPD, wir sind die Interessengemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, natürlich mit Ecken und Kanten, wie sollte es anders sein? Wir sind der Gegenentwurf der rechtskonservativen Regierungspartei. Es macht Freude, für Weltoffenheit, Toleranz und Solidarität zu kämpfen. Das macht Demokratie aus. Daran muss immer erinnert werden, gerade im 70. Jahr der Bayerischen Verfassung. Und zum Erholen fahre ich mit meinem Wohnmobil durch die Gegend, in Bayern, Italien und sonst wo ...

Karrikatur: Heiko Sakurai

Termine

28. Januar 2017, 11.00 Uhr
Bayerischer Landtag
Kirchen-Jahresempfang

16. Februar 2017
Bayerischer Landtag
Lesung mit dem Kinder- und Jugendbuchautor Klaus Kordon

21. Februar 2017, 19.30 Uhr
Bayerischer Landtag
Vortrag und Diskussion mit DGB-Chef Reiner Hoffmann: Die EU muss sozialer werden!

Mehr unter:
bayernspd-landtag.de/presse

Nadine Angerer: Schwule Fußballprofis haben es schwer

Als sich der Ex-Fußballprofi Thomas Hitzelsberger Anfang 2014 geoutet hat, wollte er eine Diskussion über Homosexualität im Profisport voranbringen. Zwei Jahre später muss man feststellen, dass diese Diskussion nicht ernsthaft geführt wurde. Das sieht auch Fußballweltmeisterin Nadine Angerer so, die auf dem Regenbogenempfang der SPD-Landtagsfraktion zu Gast war. Im Gespräch mit der neuen queerpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion, Isabell Zacharias, wies die 38-Jährige auf die Probleme schwuler Männer im Profifußball hin, dei mit Häme und Spott rechnen müssten. „Das macht einen traurig und ratlos“, kommentierte Zacharias. „Eigentlich leben wir doch in einer aufgeklärten Welt, in der sich niemand wegen seiner Sexualität verstecken muss. Warum ist das im Profifußball nicht so?“ Angerer, die selbst mit einer Frau zusammenlebt, sieht die Probleme diesbezüglich speziell im Männerfußball, bei den Frauen sehe man das lockerer. Mindestens in diesem Bereich können die Männer also noch einiges von den Frauen lernen.

Isabell Zacharias mit Nadine Angerer